



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG . 29 OLDENBURG . POSTFACH 943 . TEL.: 51064 . TELEX-NR. 25655 UNOL D . REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), JOHANNES BUCHRÜCKER, KARIN WOLF . MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER . NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE - NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH ROCKSPRACHE MIT DER REDAKTION . (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÖHRT).

27. August
19/76

Bauinvestitionen

Nur 118 Millionen Mark und keine Mensa

Nur etwa 118 Millionen Mark an reinen Bauinvestitionen werden der Universität Oldenburg voraussichtlich in den nächsten Jahren für ihren Ausbau zur Verfügung stehen. Das sehen die Anmeldepläne der Landesregierung zum 6. Rahmenplan vor. Davon sollen die Zentralbibliothek (43 Millionen), die naturwissenschaftlichen Studienplätze (65), die Sportanlagen (5) sowie eine zentrale Werkstatt (5) finanziert werden. Da in diesen Beträgen Gelder für den Erwerb von Grundstücken und deren Erschließung nicht enthalten sind, rechnet die Hochschule mit einer Gesamtinvestition von etwa 200 Millionen. Ursprünglich waren Investitionen in Höhe von knapp 400 Millionen geplant.

Als unverantwortlich hat in diesem Zusammenhang nicht nur der AstA, sondern auch der Rektor und das Studentenwerk die Tatsache bezeichnet, daß offensichtlich in den nächsten Jahren keine Mensa für die Universität Oldenburg gebaut werden soll, obwohl nun auch ein Gutachten des landeshygienischen Instituts zutage gebracht hat, daß Benutzer der Mensa potentiell gefährdet sind. In dem Gutachten heißt es dazu: "Es muß darauf hingewiesen werden, daß dem Verantwortlichen Küchenleiter ein erhebliches Maß an Verantwortung aufgebürdet wird, da in dem vorliegenden Fall bei Eintreten mehrerer ungünstiger Umstände alle Möglichkeiten für eine Masseninfektion gegeben sind".

Wie der Rektor dazu vor dem Senat erklärte, werde die Universität alle Möglichkeiten ausschöpfen, um zu erreichen, daß der Mensabau doch noch mit in die Anmeldepläne zum 6. Rahmenplan aufgenommen wird. Er habe deshalb bereits Kontakt mit Landtagsabgeordneten aller Fraktionen aufgenommen und auf die katastrophalen Verhältnisse hingewiesen. In der jetzigen Mensa können zur Mittagszeit etwa 1.200 Personen verpflegt werden. Tatsächlich aber sind an der Hochschule etwa 3.400 Studenten immatrikuliert sowie etwa 600 Wissenschaftler und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter eingestellt.

Selbst wenn die Landesregierung sich noch entschließen sollte, eine neue Mensa mit in den Hochschulneubau der

nächsten Jahre aufzunehmen, ist noch völlig unklar, wann mit dem Bau der geplanten Projekte begonnen werden kann. Nach Ansicht des Rektors kann die Verabschiedung des zweiten Vertrages der Landesregierung mit der Hochschulbaugesellschaft, die für die Realisierung von Hochschulbaumaßnahmen zuständig ist, noch lange Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb versuche die Universität, die Landespolitiker davon zu überzeugen, daß für die Universität Oldenburg eine Vorabermächtigung erteilt wird. Positiv hätten sich dazu bereits der Vorsitzende des Kulturausschusses, der FDP-Abgeordnete Hirche, und SPD-Landtagsabgeordnete geäußert. Eine Unterstützung in dieser Frage könne möglicherweise auch von den Oldenburger CDU-Abgeordneten erwartet werden. gh

Bund zahlt nur bis '79

Keine Aussicht besteht nach Auskunft des Bundeswissenschaftsministeriums für eine Weiterfinanzierung des Entwicklungs- und Forschungsvorhabens "Einphasige Lehrerbildung" durch den Bund über das Jahr 1979 hinaus. Dieser größte bisher vom Bundeswissenschaftsministerium geförderte Modellversuch müsse nach 1979, sollte er fortgesetzt werden, vom Land finanziell getragen werden.

Unterhaltszuschuß

Unverzüglich Voraussetzungen für den besonderen Unterhaltszuschuß für die Studenten der Einphasigen Lehrerbildung zu schaffen, hat der Senat auf seiner letzten Sitzung gefordert.

Dabei geht es um die finanzielle Absicherung der letzten drei Semester, die nicht nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz geregelt werden kann und soll. Bisher ist diese Forderung auch vom Ministerium stets anerkannt worden.

Jedoch sind Schritte zur Lösung des Problems offensichtlich noch nicht angegangen worden und das, obwohl bereits im nächsten Jahr die ersten Studenten der EIAB mit dem letzten Studienabschnitt beginnen.

Mehr Stipendien

Ausgezahlt hat sich der heftige Protest der Universität Oldenburg gegen die Benachteiligung der Hochschule in der Vergabe von Stipendien im Rahmen der Graduiertenförderung (GrafÖG). Wie das Wissenschaftsministerium jetzt der Universität mitteilte, werden demnächst 20 anstelle der bisherigen fünf Stipendien zur Verfügung stehen. Dennoch wird die Hochschule langfristig wesentlich mehr Stipendien benötigen. Die grobe Benachteiligung der Universität im vergangenen Jahr hatte auch im Rahmen einer Kleinen Anfrage den Niedersächsischen Landtag beschäftigt.

Buchbestellungen

Die Bibliothek hat die Hochschullehrer der Universität aufgefordert, nur noch in dringenden Fällen neue Buchbestellungen aufzugeben, weil noch etwa 10.000 Bestellungen wegen des Personalmangels unbearbeitet sind. Wie die Bibliothek dazu mitteilte, werden die unbearbeiteten Fälle von den Fachbereichsbibliotheken erledigt. Neue Bestellungen nimmt die Erwerbungsabteilung entgegen.

Bildungspolitik

Niedersachsen »provinziell«

Die restriktive Bildungspolitik der Niedersächsischen Landesregierung bleibt weiterhin ein Zentralthema in der bundesweit geführten Diskussion über die Perspektiven der künftigen Bildungsplanung. So forderte der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft Helmut Rohde erst jüngst wieder den niedersächsischen Kultusminister Werner Remmers auf, zu Presseberichten Stellung zu nehmen, nach denen er sich für eine erhebliche Drosselung der Hochschulausbildung ausgesprochen haben soll.

In diesen Berichten war gemeldet worden, es sollten lediglich acht Prozent eines Altersjahrganges eine Hochschulausbildung erhalten, was nach Ansicht Rohdes die Entwicklung auf das Niveau des Jahres 1960 zurückschrauben würde. Diese Drosselung würde nicht nur Niedersachsen betreffen, sondern Auswirkungen auf das Studienplatzangebot in der Bundesrepublik insgesamt haben. Damit kündige das Land Niedersachsen praktisch die gemeinsame Bildungsplanung von Bund und Ländern auf und verfolge darüber hinaus eine Strategie der Ausbildungsverweigerung, die im Gegensatz zu den Bemühungen um die Öffnung der Hochschulen und den Abbau des Numerus Clausus stünden.

Die Notwendigkeit eines koordinierten Vorgehens aller Beteiligten im Bereich der "Gemeinschaftsaufgabe Hochschul-ausbau" betonte auch der ehemalige Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Theodor Heidhues, in einem in der Zeitschrift "Georgia Augusta" der Universität Göttingen erschienenen Aufsatz und kritisierte damit implizit die Niedersächsische Landesregierung. Der Zwang zur Koordination ergibt sich für Heidhues daraus, daß "der Hochschulausbau eines Landes gleichzeitig die Gesamtkapazität der Hochschulen beeinflusst". So vermindere eine "unterproportionale Ausstattung mit Ausbildungsplätzen in Niedersachsen (...) nicht nur die Zulassungschancen niedersächsischer sondern aller Studienbewerber". Diese Argumente für eine länderübergreifende Kapazitäts- und Ausbildungsplanung setzen im übrigen "nicht notwendigerweise gemeinsame Hochschulstrukturen" voraus.

Kurse für Dienstleister

Vom 20. - 24. September 76 veranstaltet die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben zusammen mit der Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung (KWW) den dritten Kurs für Dienstleister der Universität im Rahmen des Bildungsurlaubs in der Heimvolkshochschule Görde zum Thema "Probleme der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst". Als Referenten wurden Professor Gerhard Kraiker, Dr. Rainer Fabian und Gudrun Buchholz gewonnen. Teilnehmerbeitrag: 30,- DM. Eine weitere Veranstaltung

Aber nicht nur im Bereich der Hochschul-ausbildung rückt Niedersachsen von gemeinsamen Beschlüssen ab, sondern auch im Bereich der beruflichen Bildung, wie der Bundesbildungsminister in seiner Stellungnahme betont. So habe der niedersächsische Kultusminister die in dem von Bund und Ländern unterschriebenen Stufenplan zu Schwerpunkten der beruflichen Bildung eingegangene Verpflichtung der Länder in Frage gestellt, bis 1978 im ersten Ausbildungsjahr wöchentlich zwölf Stunden Berufsschulunterricht anzustreben. Diese Hinwendung zu einer provinziellen Bildungspolitik, die in den Reihen der CDU/CSU sichtbar werde, sei angesichts der bedeutsamen bildungspolitischen Aufgaben der Zukunft nicht zu verantworten. j b

Hochschulöffnung

Als einen entscheidenden Schritt zur Öffnung der Hochschulen begrüßte Bundesminister Rohde die Verabschiedung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu Umfang und Struktur des Tertiären Bereichs. Die Empfehlungen gehen davon aus, daß auch der Hochschulbereich - wie alle anderen Ausbildungsbereiche - seinen Beitrag dazu leisten muß, um den geburtenstarken Jahrgängen Ausbildungsangebote offen zu halten, und daß jedem Studienbewerber die Chance zu einer Ausbildung im Tertiären Bereich geboten werden muß. Für einzelne, besonders begehrte und zugleich besonders aufwendige Studiengänge, wie z.B. Medizin oder Biologie, werde ein Numerusclausus allerdings zunächst bestehen bleiben müssen; aber auch hier könnten die Höchstzahlen heraufgesetzt werden.

bietet die KWW in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Oldenburg vom 18. bis 22. Oktober speziell für Frauen im Reinigungsdienst an. In diesem Zusammenhang wies die KWW darauf hin, daß jeder Arbeitnehmer nach dem Niedersächsischen Bildungsurlaubsgesetz Anspruch auf fünf Tage Bildungsurlaub im Jahr hat. Interessenten können sich schriftlich oder persönlich bei Karin Claßen, KWW, VG 301, Tel.: 479, zu den Sprechzeiten: Montag bis Freitag von 10.00 - 12.00 Uhr anmelden.

Zitat

"Ein Staat kann auf die Dauer nicht besser sein als seine Bürger. Und es ist eine schwere Fehlentscheidung, wenn Regierungen und Parlamente, wie es immer geschieht, bei Haushaltsengpässen zunächst die Mittel für das Erziehungswesen und die kulturellen Einrichtungen reduzieren."

Aus: Ernst Albrecht, Der Staat - Idee und Wirklichkeit. Grundzüge einer Staatsphilosophie. Stgt. 76

Tagung der Planer

Auf gemeinsame Initiative der Lehrenden im Fach Raumplanung an der Universität und des Stadtplanungsamtes Oldenburg fand im August die regionale Fachtagung der Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplaner in Oldenburg statt. In den Vorträgen von Carsten Zillich (Stadtplanungsamt), Detleff Prellwitz (Stadtrat) und Klaus-Jürgen Holland (Universität) wurden den etwa 60 Teilnehmern die Planungsprobleme Oldenburgs, darunter auch die mit der Universitätsgründung zusammenhängenden Fragen erläutert. Holland forderte dabei ein stärkeres planerisches Engagement von Rat und Verwaltung mit dem Ziel, den Entwicklungsimpulsen von außen - z.B. Universität - mit einer politisch abgeleiteten Entwicklungsstrategie begegnen zu können. In den anschließenden Gesprächen bot sich den Raumplanern der Hochschule die Möglichkeit, ihre Raumplanungskonzeption mit den in der Praxis tätigen Planern zu diskutieren.

Neue Publikation des ZpB

Als erstes Heft der "Materialien - Berichte aus den Projekten" ist jetzt die Darstellung einer "Außerschulischen Erkundung in Marienhaf 1975" erschienen. Interessierte können den Bericht über die außerschulische Erkundung, die im Rahmen des Projekts "Kulturelle Öffentlichkeit" durchgeführt wurde, im ZpB erhalten.

Das ZpB hatte angeboten, die Publikation von Projektberichten zu unterstützen (s. uni-info 34/75), um Realisierungsschritte der Einphasigen Lehrerausbildung zu dokumentieren und damit gleichzeitig Diskussionsprozesse in und außerhalb der Hochschule anzuregen.

Weitere Publikationen mit dieser Zielsetzung sollen folgen. Es ist darauf hinzuweisen, daß nach wie vor Projekte und Arbeitsgruppen, die an einer Veröffentlichung ihrer Berichte in der Reihe "Materialien" interessiert sind, sich an das ZpB (Fichten) wenden können. wf

Totales Berufsverbot für DKP-Mitglied

Gerd Ahrends (27), DKP-Mitglied und deshalb nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt, ist nun mit dem totalen Berufsverbot belegt worden. Sein Fall ist der schwerwiegendste unter vier vollzogenen bzw. drohenden Berufsverbotsfällen, von denen Absolventen der Universität betroffen sind.

Gerd Ahrends hatte sich im Frühjahr dieses Jahres um eine Stelle als Lehrer im katholischen Leinerstift in Großfehn (Kreis Aurich) beworben, das ihn auch ins Kollegium aufnehmen wollte, obwohl Ahrends bereits mit einem Berufsverbot für den öffentlichen Dienst belegt worden war. Doch eine Unterrichtsleiterlaubnis, die der Regierungspräsident in Aurich erteilen muß, erhielt er dennoch nicht. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß der Lehrer bereits als Bewerber für den öffentlichen Dienst abgelehnt worden sei. Dieser nach Angaben des Komitees gegen

das Berufsverbot" bisher einmalige Fall muß nicht zuletzt deshalb Aufsehen erregen, weil er damit die These der in den Parlamenten vertretenen Parteien, die Berufsverbotspraxis diene lediglich dazu, den öffentlichen Dienst von sogenannten Extremisten freizuhalten, eindeutig widerlegt.

Als außerordentlich ungewöhnlich stellt sich auch der Fall Moritz Herrmann (33) dar. Der Sozialdemokrat und ehemalige Bundesschulungsleiter des SHB, war wie vor ihm auch das inzwischen eingestellte führende Oldenburger SHB-Mitglied Art Pabst vor die zentrale Anhörungs-

kommission zitiert worden, die, nach dem Regierungswechsel umbesetzt, sich dennoch mit 3:2 Stimmen für seine Einstellung in den öffentlichen Dienst aussprach. Allerdings scheint diese all-gemein berüchtigte Kommission einigen Regierungsmitgliedern noch zu liberal. Das Veto eines Ministers verhalf Moritz Herrmann dazu, ein Kabinettsfall zu werden. Wie man hört, hat der Ministerpräsident Albrecht persönlich die Akte angefordert.

Bei den zwei weiteren Fällen von bereits

Jetzt aber schnell,
meine Herrn,



da vorne will
schon wieder ein Radikaler
in den öffentlichen Dienst.

Aus: Böseke/Schaffernicht, Der Wahl - Brief.

vollzogenen Berufsverboten handelt es sich um zwei DKP-Mitglieder, von denen einer nicht weniger als zwei Jahre auf seinen Bescheid warten mußte. In einer Stellungnahme hat der Rektor der Universität, Professor Dr. Rainer Krüger, im Namen des Senats der Universität die neuerliche Verschärfung der Berufsverbotspraxis heftig attackiert. Besonders im Fall Gerd Ahrends zeige sich deutlich die Ausweitung der Überprüfungspraxis über den öffentlichen Dienst hinaus. gh

Fall Wolfgang Müller

Senat wirft Ministerium Rechtsverletzung vor

Der Senat der Universität Oldenburg hat in einer Stellungnahme zur Entlassung des Wissenschaftlichen Assistenten Wolfgang Müller dem Wissenschaftsministerium vorgeworfen, mit dem Argument, die Verfassung müsse geschützt werden, das Recht einschließend eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts eklatant verletzt zu haben.

Der Senat begründete seine Entscheidung damit, daß offensichtlich rechtsstaatliche Grundsätze bei der Entlassung des Assistenten Wolfgang Müller nicht eingehalten worden seien. Während das Bundesverfassungsgericht entschieden habe, daß die Entfernung eines Beamten nur aufgrund eines konkreten nachgewiesenen Dienstvergehens in einem disziplinarrechtlichen Verfahren möglich sei, greife der Minister auf eine reine Ermessensentscheidung über die Eignungsvoraussetzung zurück, die das Bundesverfassungsgericht allenfalls bei der Einstellung für rechtmäßig erklärt habe. Mit seiner Entscheidung, Wolfgang Müller fristgemäß und ohne Disziplinarverfahren zu entlassen, verstoße der Minister gegen das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 22.5.75.

Weiter wies der Senat in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Minister nicht die Niedersächsische Assistentenordnung beachtet habe. Diese schreibe vor, daß Assistenten in der Regel nicht vor Ablauf von sechs Jahren entlassen werden können. Sollte dennoch eine Entlassung vorgenommen werden,

müsse die zuständige Universitätseinrichtung, in diesem Fall der Fachbereich, beteiligt werden. Dazu der Senat wörtlich: "Der Senat verurteilt diese Vorgehensweise des Ministeriums ungeachtet der Tatsache, daß er die von Wolfgang Müller vertretenen Auffassungen nicht teilt. Der Senat verbindet damit noch einmal seine Kritik an den sich häufenden Fällen von Gesinnungsschnüffelei, Einstellungsverzögerungen und Berufsverboten."

Wie bereits berichtet, war der Politologe Wolfgang Müller, Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, vom Ministerium fristgerecht zum 30. September gekündigt worden, nachdem das Verwaltungsgericht Oldenburg die fristlose Entlassung aufgehoben hatte, weil in der Entlassungsbegründung Punkte aufgeführt waren, die nicht Gegenstand des disziplinarrechtlichen Verfahrens waren. Die nunmehr veranlaßte fristgerechte Kündigung durch das Ministerium wurde wegen Eignungsmangel ausgesprochen, der sich, so das Ministerium, daraus ergebe, daß Müller nicht jederzeit die Gewähr dafür biete, sich für die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik einzusetzen.

Gegen diesen Bescheid hat Müller nicht nur Widerspruch eingelegt, sondern wird in Kürze auch das Verwaltungsgericht Oldenburg anrufen, um u.a. gegen die sofortige Vollziehung der Frist der Entlassung zum 30. September anzugehen. gh

Vorlesungsverzeichnis

Nach Mitteilung der Studienberatung wird das Vorlesungsverzeichnis für das WS 76/77 Mitte September zum Verkauf bereitliegen.

Wie die Studienberatung weiter mitteilt, wird in der nächsten Woche der Plan für die Orientierungswoche veröffentlicht. Bitte der Studienberatung: Projekte, die nicht vorgestellt werden, sollten gemeldet werden (G. Lotze, Tel.: 463).

Wird Diplom-PO oktroyiert?

Ein Oktroi droht der Universität Oldenburg im Hinblick auf die Diplom-Prüfungsordnung. Wie der Rektor vor dem Senat erklärte, habe das Ministerium deutlich gemacht, daß es den allgemeinen Teil der Diplom-Prüfungsordnung in der vorliegenden Fassung

auf keinen Fall genehmigen werde. Es werde demnächst die Hochschule auffordern, einen nach Wünschen des Ministeriums revidierten Entwurf vorzulegen. Sollte dies nicht geschehen, würde das Ministerium eine Prüfungsordnung oktroyieren.

Promotionsordnung

Die Genehmigung der Promotionsordnung für die Universität Oldenburg steht bald ins Haus. Das erklärte der Rektor auf der Sitzung des Senats am 25.8.76. Nicht enthalten sein wird allerdings in der vom Ministerium genehmigten Fassung die Möglichkeit, im ingenieurwissenschaftlichen Bereich (Raumplanung) zu promovieren. Dies setzt nach Ansicht des Wissenschaftsministeriums eine Kooperation mit einer anderen niedersächsischen Hochschule voraus, die über entsprechende technische Einrichtungen verfügt und sie Hochschulangehörigen der Universität zur Benutzung mit überläßt.

Die Promotionsordnung lehnt sich stark an die Ordnung der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen an. Im Senat war

sie nach langen Auseinandersetzungen so beschlossen worden, da der vom Promotionsordnungsausschuß vorgelegte Entwurf (s. STUDIUM LEHRE FORSCHUNG 12/75) mit großer Wahrscheinlichkeit nicht vom Ministerium akzeptiert worden wäre.

Höpner wiedergewählt

Der Fachbereichsrat IV hat auf seiner Sitzung am 23.8. den Vorsitzenden, Prof. Dr. Thomas Höpner (Biochemie), und seinen Stellvertreter, Prof. Dr. Erich Zeeck (Allgemeine Chemie), in ihren Ämtern bestätigt. In den Fachbereichen II und III sollen die Vorsitzenden, die am 1. Oktober ihre Arbeit aufnehmen, im September gewählt werden. Der FB I hatte seinen neuen Vorsitzenden, Prof. Dr. Dieckert, bereits Ende Juli gewählt.

Weitere Hilfskraftstellen ausgeschrieben

Der Senat hat auf seiner Sitzung am 25.8.76 31 weitere Stellen für wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutoren bereitgestellt. 23 davon werden als technische Hilfskraftstellen ausgeschrieben, acht für die Tutorenarbeit.

In der Zentralen Einrichtung Technisch-Wissenschaftlicher Anlagen (ZETWA) sind vom 1.10.1976-31.3.1977 folgende Stellen für wissenschaftliche Hilfskräfte (46 Stunden/Monat) zu besetzen:

1/2-Stelle: Mitarbeit im Chemikalienlager, 1/2-Stelle: Mitarbeit im Glaslager, 1/2-Stelle: Mitarbeit bei den Vorbereitungsarbeiten und bei der Inventarisierung, 1/2-Stelle: Mitarbeit im Fotolabor. Bewerbungen sind bis zum 6.9.76 an die Geschäftsstelle der ZETWA (AVZ 1-401) zu richten.

*

In der Pressestelle ist eine wissenschaftliche Hilfskraftstelle zu besetzen. Voraussetzungen: Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit. Bewerbungen sind bis zum 31.8.76 an die Pressestelle (A 106) zu richten.

*

Für das WS 76/77 ist im Fachbereich

I in dem projektorientierten Kurs "Lärmwirkung - Lärmschutz, Begutachtung der Wirkung von Schall auf Personen" eine halbe Tutorenstelle (46 Stunden) zu besetzen. Bewerbungen sind bis zum 9. September 1976 an den Tutorenausschuß des FB I, Fachbereichsgeschäftsstelle (Raum B 004 a) zu richten.

*

Die Zentrale Studienberatung (ZSB) sucht zum 1. Oktober eine wissenschaftliche Hilfskraft, die an der Erstellung des Veranstaltungsverzeichnis mitarbeiten soll. Bewerbungen können bis zum 15. September bei der ZSB abgegeben werden.

*

Der Fachbereich II sucht eine wissenschaftliche Hilfskraft für Repro und Fotosatz (Vorkenntnisse erforderlich). Bewerbungen sind an Klaus Beilstein (Zimmer D 006) zu richten.

Personalien

DR. DIETHARD KUHNE, bisher wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fach Psychologie an der Universität Oldenburg, ist zum Akademischen Rat für Sozialpsychologie an der Gesamthochschule Wuppertal ernannt worden.

*

DR. VOLKER HAESELER, bisher wissenschaftlicher Assistent an der Universität Oldenburg, ist zum Universitätsdozenten für das Fach "Biologie" ernannt worden.

*

ILISE SCHNEIDER-POETSCH, Wissenschaftliche Assistentin im Fach "Botanik", ist aus dem Dienst der Universität ausgeschieden.

Ausschreibungen

STUDIENKOMMISSION PHYSIK: Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters (BAT II a). Qualifikationsvoraussetzungen: Ausbildung auf akustischem Gebiet und Erfahrungen im selbständigen Experimentieren. Bewerbungen an Studienkommission Physik (Prof. Dr. Mellert, FB IV).

RECHENZENTRUM: Stellen für zwei Konsoloperateure (Angestellte in der Maschinenbedienung - BAT Vb). Qualifikationsvoraussetzung u.a.: DV-Grundausbildung, 6 Monate Maschinenpraktikum. Bewerbungen an Rektor der Universität Oldenburg

Gastprofessur

Vor kurzem hat der amerikanische Germanist, Professor Dr. Marron Fort (37), seine Tätigkeit als Gastprofessor an der Universität Oldenburg aufgenommen. Fort, von der Fullbright-Stiftung finanziert, wird sich in den kommenden zwölf Monaten ausschließlich der saterländischen Sprache widmen, die nur noch in wenigen Dörfern im nordwestlichen Oldenburg, östlich von Papenburg und im Münsterland gesprochen wird. Er will nicht nur ein saterländisches Wörterbuch zusammenstellen, mit Hinweisen auf die Verwandtschaft mit dem Niederländischen, dem Westfriesischen und dem Englischen, sondern auch Märchen, Legenden und Anekdoten sammeln.

Fort, Hochschullehrer in New Hampshire, hielt sich bereits mehrfach in der Bundesrepublik auf. 1959 studierte er in Kiel und war 1963 als Austauschdozent an der Universität Freiburg beschäftigt. Seine Forschungstätigkeit führte ihn auch 1966/67 nach Gent. Fort spricht nicht nur perfekt deutsch und saterländisch, sondern beherrscht sowohl die plattdeutsche wie die holländische Sprache.